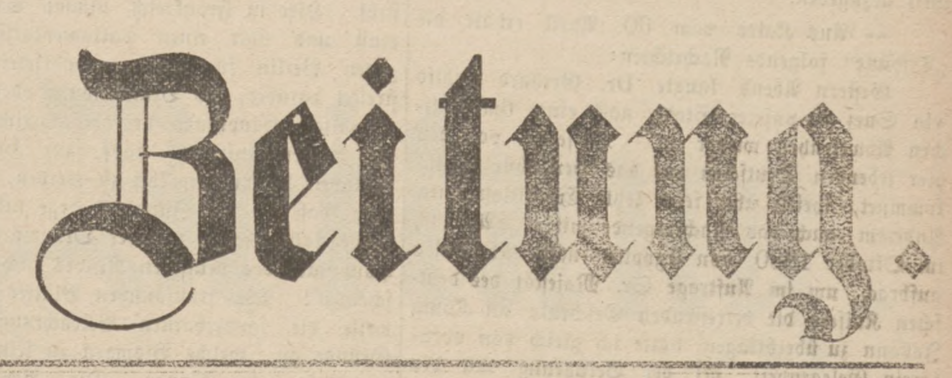
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.



Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 10. Mai 1881. Nr. 215.

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Das kaiserl. Reichs-Amt des Innern hat seit Anfang d. J. im „Deutschen Handels-Archiv" fortlaufend Konsulatsberichte und Gutachten von Kaufleuten über den deutschen Ausfuhrhandel und die Mittel zur Hebung desselben veröffentlicht. Es sind Berichte aus den verschiedensten Weltgegenden, aus Odessa, Tanger, St. Petersburg, Messina, Jerusalem, Kairo, Bukarest, Mexico, Serajewo, Smyrna, Alexandrien, Giurgewo, Crajova, Cincinnati, Moskau, Tiflis. Die dem deutschen Exporthandel anhaftenden Mängel werden fast übereinstimmend in allen Gutachten angegeben. Allgemein gerügt wird die mangelhafte Verpackung. Entweder giebt man sie überhaupt nur ungenügend, was Schaden und Unzufriedenheit des Bestellers zur Folge hat, oder man weiß die Kisten nicht in sachgemäßer Weise auszunützen, wodurch Vertheuerung der Fracht herbeigeführt wird. Ueber Unkoulanz und Unreellität des deutschen Fabrikanten wird viel geklagt. Während man bei Frankreich oder England sicher sein könne, eine Waare zu erhalten, die genau der vor der Bestellung gelieferten Probe entspricht, wäre dies bei den deutschen Waaren nicht immer der Fall. Besonders aus Rußland kommt die Klage, daß die deutschen Fabrikanten oft Waaren senden, die ihnen in der Heimath sicher Niemand abnimmt, die sie aber als noch gut genug für das Ausland betrachten. Durch solche Manipulationen sei oftmals schon der Markt für alle deutschen Waaren verdorben worden. Die Lieferungsfristen seien oft zu ausgedehnt, entweder weil man nicht eine genügend rasche Erledigung des Auftrages anstrebt, oder nicht den besten und kürzesten Transportweg kennt. Auch die nicht genaue Erfüllung der Zollformalitäten führt zuweilen eine Verzögerung herbei. Wiederholt sind bei deutschen Firmen sogar Versuche von Umgehungen der Zollgesetze vorgefallen; die amerikanischen Behörden hegen in dieser Beziehung Mißtrauen gegen alle Sendungen aus Deutschland. — Die Fabrikanten sind schwer zu bewegen, mit Rücksicht auf Bedürfniß und Geschmack des ausländischen Marktes etwas in ihrer Fabrikationsweise zu ändern. Ihre Kenntniß des ausländischen Marktes genügt oft nicht. Es würde sich deshalb empfehlen, zur Orientirung öfters intelligente Reisende auszusenden. Die Aufmachung der deutschen Waaren ist nicht elegant und sticht gegen die der französischen und englichen Waaren sehr ab. Der deutsche Fabrikant sollte sich endlich entschließen, unter eigener, nicht unter fremdländischer Marke seine Erzeugnisse auszugeben. Die Einführung derselben würde eine größere Vertheilung von Preislisten und illustrirten Katalogen wesentlich unterstützen, doch müssen dieselben, was bis jetzt nicht immer geschieht, in der Sprache des betreffenden Landes und unter Berücksichtigung seiner Maße und seiner Geldwährung abgefaßt und eleganter als bisher ausgestattet sein. — Einen Hauptfehler des deutschen Ausfuhrhandels berührt der Bericht aus Odessa. In Deutschland ist der Fabrikant gleichzeitig Kaufmann und beschäftigt sich neben der Herstellung der Waaren auch mit ihrem Vertriebe, während die meisten groß angelegten Fabriken in England und Amerika entweder den Verkauf ihrer ganzen Erzeugung in die Hände eines einzigen Abnehmers legen, der seinerseits dem Absatz alle Kräfte widmet, oder den Verkauf stabilen Agenten an den Handelscentren überlassen. Solche bevorzugte Abnehmer und Agenten können viel leichter auf die Wünsche der Käufer eingehen, und die Bedürfnisse der verschiedenen Länder studiren, weil bei ihnen der Vertrieb die Hauptthätigkeit bildet. Durch Errichtung großer Export- und Kommissionshäuser, welche den Fabrikanten von der Sorge und Mühe um den Absatz seiner Waaren entlasten, so daß er seine ganze Kraft und Sorgfalt der Herstellung derselben zuwenden kann, wird daher der deutsche Ausfuhrhandel wesentlich gefördert werden können. — Diese dem allgemeinen Interesse des deutschen Handelsstandes gewidmeten Aufsätze werden unter besonderer Berücksichtigung sowohl der einzelnen Fabrikations-Zweige als auch der verschiedenen Absatzgebiete in dem wöchentlich erscheinenden „Deutschen Handelsarchiv" fortgesetzt.

Berlin, 9. Mai. Aus Paris wird telegraphisch gemeldet, daß dort gestern der neue französische Zolltarif publizirt worden ist; er tritt für diejenigen Staaten, welche binnen sechs Monaten, also bis zum 7. November d. J., nicht neue, für sie die Zollsätze herabmindernde Handelsverträge mit Frankreich abgeschlossen haben, alsdann in Kraft. Was Deutschland betrifft, so bleibt selbstverständlich die Bestimmung des Frankfurter Friedens in Geltung, wonach wir das Recht der „Meistbegünstigung" besitzen; in der neuen zollpolitischen Aera wäre dasselbe vielleicht besser als das Recht am wenigsten geschädigt zu werden zu bezeichnen. Im Ganzen kann man sagen, daß der neue französische Tarif die Zölle auf Industrie-Erzeugnisse um etwa 20 Prozent erhöht. Für die deutsche nach Frankreich exportirende Industrie wird Alles darauf ankommen, ob ein neuer, diese Zollerhöhungen wesentlich reducirender englisch-französischer Handelsvertrag abgeschlossen wird.

Während sich so an unserer westlichen Seite die Verkehrsschranken erhöhen, wird allgemein die Auffassung laut, daß der von uns schon erörterte Antrag des Reichskanzlers beim Bundesrath auf Erhöhung des deutschen Mehlzolls auf fast völlige Aussichtslosigkeit der Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich schließen lasse. Fast die ganze österreichische Presse faßt die Maßregel als in erster Reihe gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet auf; da sie besonders Ungarn trifft, so wird behauptet, es sei damit eine Pression auf die ungarischen Staatsmänner beabsichtigt, damit dieselben die cisleithanische Regierung zu Zugeständnissen an Deutschland betreffs der Industriezölle veranlassen. Wir stellen die Berechtigung dieser Anschauung nicht in Frage, ungeachtet der Antheil Oesterreich-Ungarns an der Mehl-Einfuhr in Deutschland nicht so groß ist, daß eine allgemeine Zollerhöhung mit demselben motivirt werden könnte. Der Gesammt-Import von Mehl in Deutschland betrug in 1880 526,448 Metr., davon kamen 226,165 aus Oesterreich-Ungarn, im ersten Quartal dieses Jahres war der Import gegen 1880 von 32,713 auf 182,326 Meter gestiegen, aber es kamen nur 65,797 Metr. aus Oesterreich-Ungarn. Mit dem Import ist der Export gefallen; er betrug in 1880 1,043,014 Metr., davon waren 309,438 Metr. nach Oesterreich-Ungarn gegangen. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden 116,508 Metr., gegen 292,520 in 1880 und nach Oesterreich-Ungarn 50,369 Metr. ausgeführt. Diese Zahlen sprechen ohne Kommentar gegen die Einführung eines Zolles und noch mehr gegen die Erhöhung desselben.

In der Begründung des Gesetzentwurfes über die Abänderung des deutschen Zolltarifs heißt es, der Anfangstermin der beiden vorgeschlagenen Erhöhungen könne auf den 1. Juli 1881 festgesetzt werden, weil der am 30. Juni ablaufende Vertrag mit der Schweiz dem beantragten Zoll auf Weintrauben entgegenstehe. Die bezügliche Bestimmung dieses Vertrages ist beinahe die einzige, welche außer der Klausel der Meistbegünstigung noch darin enthalten ist, so weit es sich um Tariffragen handelt. Danach kann man sich von den nach einer Mittheilung des Berner „Bund" morgen hier beginnenden Verhandlungen über die Erneuerung des am 30. Juni hier ablaufenden Vertrages mit der Schweiz ebenfalls nur äußerst wenig versprechen.

— Ueber die Festtage in Wien berichtet ein Privattelegramm dem „Berl. Tagebl.":

Gestern Vormittag nahmen der Kronprinz Rudolf und die Prinzessin Stefanie im Schlosse zu Schönbrunn in Gegenwart des Königs und der Königin von Belgien die Huldigung der Deputationen des österreichischen und ungarischen Parlaments, der Stadt Pest, des Wiener Gemeinderathes, der kroatischen Landtagsmitglieder, der Stadt Fiume, der Militärgrenze, der österreichischen Kronländer, sowie des Klerus entgegen. Das Brautpaar hielt bei jeder Deputation Cerkle.

Das am Abend stattgehabte Volksfest im Prater gestaltete sich zu einer Ovation für das Kaiserhaus, wie solche wohl nie dagewesen. Von Schönbrunn bis zum Prater standen ununterbrochen die dichtesten Menschenmassen, den kaiserlichen Wagenzug fortwährend mit beispiellosem Jubel umbrausend. Es ist unmöglich, sich, ohne Augenzeuge gewesen zu sein, eine dem thatsächlichen Vorgange entsprechende Vorstellung zu machen. Obgleich das Wetter unfreundlich und der Himmel bewölkt war, harrten die nach Hunderttausenden zählenden Menschenmassen stundenlang aus. Um fünf Uhr bewegte sich die Wagenreihe von Schönbrunn aus zum Prater; der Zug gebrauchte, um bis zum Praterstern zu gelangen, ein und eine halbe Stunde. Es war fast überall nur ein Schrittfahren möglich.

Im ersten Hofwagen befanden sich Würdenträger, im zweiten der König von Belgien, im dritten der Kronprinz mit der Prinzessin Braut, im vierten die Kaiserin mit der Königin von Belgien, im fünften Prinz von Wales und die Prinzessin Wilhelm, im sechsten Prinz Wilhelm mit Gisela, darauf folgten die Erzherzöge u. s. w. Am Praterstern schien die Weiterfahrt unmöglich; es währte eine volle halbe Stunde, ehe der Zug beim ersten „Kaffeehause" ankam. Hier war das Gedränge derart, daß die Wagenkolonne stehen blieb. Der Kaiser, welcher wiederholt im Wagen aufrecht stand, spähte, ob die Fortsetzung der Fahrt ausführbar. Als sich das Vorwärts und Rückwärts als gleich unmöglich erwies, wurde die Praterfahrt abgebrochen, die Wagenkolonne bog auf die Wiesen ab und kehrte über die Sophienbrücke zurück. Auf der ganzen Fahrt ertönten unaufhörliche Zurufe. Das Volksfest ging mit seinen zahlreichen Spielen erst gegen zehn Uhr Abends zu Ende.

Am Abend zuvor, am Sonnabend, hatte anläßlich der Hochzeit des Kronprinzen ein Hofball stattgefunden, wie ich ihn gleich großartig selbst in der Kaiserburg in neuerer Zeit kaum gesehen. Außer beiden Redoutensälen waren die Ceremoniensäle, die Rittersäle, sowie fast das ganze kaiserliche Appartement geöffnet. Es waren über 5000 Gäste anwesend. Die kolossalen Räume waren mit verschwenderischer Pracht wahrhaft berückend ausgestattet, mit exotischen Gewächsen und duftenden Blumen und mit den weltberühmten Gobelins des Kaiserhauses geschmückt. Die wunderbaren Toiletten der Damen in Brillanten und die glänzenden mit Orden besäten Uniformen der Kavaliere gaben zusammen ein überwältigendes Bild. Gegen 9 Uhr erschienen in großem Ceremoniell die allerhöchsten Herrschaften, der Kaiser in Marschallsuniform, die Königin von Belgien am Arme führend; die Königin erschien in weißer, reich mit Brabanter Spitzen besetzter Atlasrobe, auf dem Haupt das Diamantendiadem, um den Hals ein Kollier von Perlen und Brillanten. Der König Leopold von Belgien führte die Kaiserin Elisabeth. Der König erschien in österreichischer Uniform mit Orden. Die Kaiserin, von Anmuth und Mutterglück strahlend, trug eine reichgestickte taubengraue Atlasrobe, im Haare ein wunderbares Diadem. Der Kronprinz in Generalgala führte die Prinzessin Stefanie, die in einfacher weißseidener Robe mit viereckigem Ausschnitt erschien, ohne anderen Schmuck, als die Medaille mit dem Bilde des Kronprinzen, der Prinz von Wales führte die Prinzessin Wilhelm von Preußen, die eine kostbar gestickte weiße Atlasrobe mit wundervollen Brillanten im Haare trug. Prinz Wilhelm führte die Prinzessin Gisela. Ihnen folgten zahlreiche andere Fürstlichkeiten. Während der Tanzpausen hielt der Kaiser Cercle, wobei er den Fürsten Reuß sowie den päpstlichen Nuntius Vanutelli besonders auszeichnete. Nach Mitternacht wurde das großartige Fest beendigt.

— Im Vatikan herrscht seit einiger Zeit lebhafte diplomatische Thätigkeit, welche zunächst auf die Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zu Rußland und England gerichtet ist. Die Verhandlungen mit der Petersburger Regierung sind dem Abschluß nahe; der übliche Austausch von Ordensverleihungen läßt darauf schließen. Der Papst hat dem russischen Botschafter in Wien, Herrn v. Oubril, den höchsten päpstlichen Orden verliehen und Kaiser Alexander III. den katholischen Bischof Vincens Popial von Wloclaw-Kalisz mit dem Stanislausorden I. Klasse dekorirt. Die Polen fürchten eine Verständigung zwischen Petersburg und dem Vatikan und sollen sie daher dem Heiligen Vater einen Protest dagegen haben überreichen lassen. Die „Agence Russe" bezweifelt jedoch, wie „W. T. B." aus Petersburg von gestern meldet, daß der Papst die polnischen Protestationen angenommen hätte. Ein solches Verhalten des Papstes würde nicht im Einklange stehen mit seinen jüngsten auf die Frage bezüglichen Kundgebungen. Die von der „Moskauer Zeitung" gebrachte Mittheilung, daß die Unterhandlungen mit dem Vatikan auf die Errichtung einer Nuntiatur in Petersburg abzielen sollten, wird von dem gestrigen „Journal de St. Petersburg" dementirt: ein solcher Gedanke sei weder von der einen noch von der anderen Seite in Anregung gebracht worden und könne ersichtlicher Weise auch nicht in Frage stehen.

Als vor einiger Zeit die Nachricht verbreitet wurde, daß man im Vatikan der Gewißheit lebe, das Kabinet von St. James werde über kurz oder lang einen päpstlichen Nuntius in London zulassen, wurde dieselbe ebenfalls auf das Entschiedenste als jeder Begründung entbehrend zurückgewiesen. Daß eine kleine, aber sehr mächtige Partei in England thätig ist, um die Regierung und den heiligen Stuhl wieder in offizielle Verbindung zu bringen, ist bekannt und schien es während der letzten Administration Beaconsfield's, als ob diese Bemühungen nahe daran wären, erfolgreich zu sein. Aber die lebhaft hervortretende Nopopery-Bewegung, welche sich bei den ersten Mittheilungen davon kundgab, veranlaßte den Premier, die Verhandlungen abzubrechen. Jetzt soll der Kardinal Howard die Bestrebungen wieder aufgenommen haben, um die Londoner Regierung zu bewegen, die diplomatische Vertretung Englands beim Vatikan zu erneuern. Wie die „Times" erfährt, hat der Vatikan den Wunsch „nach direkten und autoritativen Mitteln der Verbindung mit der britischen Regierung kundgegeben in der Absicht nach authenitscherer Kenntniß sozialer Fragen, vornehmlich der auf Irland bezüglichen". Ein in solcher Weise ausgedrückter Wunsch des Papstes ist in der That befremdlich; bisher pflegten die Päpste ihre Kenntniß sozialer Fragen doch vornehmlich durch die priesterlichen Organe zu empfangen, und über irische Zustände insbesondere war man in Rom zu jeder Zeit aufs Beste unterrichtet. Die Mittheilung der „Times" legt die Vermuthung nahe, daß Leo XIII. in dieser Form der englischen Regierung seinen Wunsch kund gegeben, daß ein englischer Gesandter am päpstlichen Hofe beglaubigt werde. Man darf auf die Antwort des Herrn Gladstone begierig sein.

Man steht in konservativen wie liberalen Kreisen Englands nicht ohne Besorgniß auf die immer größere Ausdehnung, welche die römisch-katholische Kirche in dem Kirchenreich gewinnt. In Nordwales haben die aus Frankreich vertriebenen Orden eine große Anzahl Niederlassungen gegründet. Im zwanzigmeiligen Umkreise von Wrexham befinden sich nicht weniger als sieben solcher Klöster, jedes im Besitze eines großen Areals. Darüber herrscht in Wrexham, wie die „St. James Gazette" zu melden weiß, große Aufregung.

— Der neueste Appell, den der Bey von Tunis an die Großmächte gerichtet hat, lautet:

„Ich bestätige meine Depesche vom 25. April, in welcher ich Ew. Exzellenz von der Invasion von der Invasion von Tunis durch die Truppen der französischen Republik, unter Verhältnissen, welche meiner Ansicht nach dem Völkerrecht zuwider sind und gegen welche ich in meinem eigenen Namen und demjenigen meines erhabenen Suzeräns feierlich Verwahrung einlegte, unterrichtete. Die Regierung der Republik hat sowohl die europäischen Kabinette als mich selber informirt, daß ihre Absichten ausschließlich auf die Bestrafung der Khrumir-Stämme gerichtet sind, für räuberische Einfälle, welche angeblich an der algerischen Grenze stattgefunden haben. Trotz dieser bestimmten Erklärungen ist meine Stadt Kef besetzt worden; die französischen Truppen marschiren derzeit auf Beja; meine Forts auf Tabarca sind zerstört und der Ort besetzt worden; andere Stämme als die Khrumirs sind angegriffen worden und eine französische Garnison hält meine Stadt Bizerta besetzt, über deren Citadelle die französische Flagge weht. Welch andere Maßregeln diesem Lande noch in Aussicht stehen, weiß ich nicht. Ich stelle an die auswärtigen Vertreter in Tunis wiederholt das Ersuchen, den Erfolg meiner Anstrengungen, der Regierung der Republik in Sachen der Khrumirs, die sich alle meiner Autorität bereitwillig unterworfen, Befriedigung zu gewähren, sowie auch die Ordnung zu bezeugen, die ich bis heute in meinen ganzen Besitzungen aufrecht erhalten habe. Es ist unmöglich vorauszusehen, von welchen Unglücksfällen die Einwohner dieses Landes betroffen werden mögen, wenn diese Invasion fortgesetzt wird. Unter diesen Umständen überlasse ich mein eigenes Schicksal und das Geschick dieses Staates der Entscheidung der Großmächte und meines Suzeräns und beschwöre diese alten Bundesgenossen, denen ich unverbrüchliche Treue gehalten habe, solche

Maßregeln der Vermittelung zu ergreifen, die der Kriegsgeißel, welche die friedlichen Einwohner meiner Besitzungen heimgesucht hat, Einhalt gebieten dürften und über irgend welche Beschwerden, welche die Regierung der Republik gegen meine Regierung oder mich selber haben mag, ein unparteiisches Urtheil abzugeben."

— Aus Kairo vom 30. April erhält die „Tribüne" folgende Nachrichten:

Gestern Abend langte Dr. Gerhard Rohlfs via Suez in unserer Stadt nach einer 6monatlichen Abwesenheit wieder an. Derselbe, von den hier lebenden Deutschen auf das Herzlichste bewillkommnet, theilte über seine letzte Expedition unter Anderem auch das Nachfolgende mit: „Als ich im Oktober 1880 von Egypten nach Abessynien aufbrach, um im Auftrage Sr. Majestät des deutschen Kaisers die betreffenden Geschenke an König Johann zu überbringen, hatte ich gleich von vornherein Gelegenheit, bei der Berührung mit den Eingeborenen zu konstatiren, daß der Name Deutschlands ununterbrochen bei diesen wilden Völkern an Ansehen zunimmt, wohingegen die Franzosen an Respekt fortgesetzt verlieren. Einer französischen Expedition, die mit mir zugleich in Abessynien eindringen wollte, wurde der Eintritt auf das Strengste verweigert. Ueberall wurde ich mit der größten Liebenswürdigkeit und Bereitwilligkeit aufgenommen." — Rohlfs überbringt die Gegengeschenke von König Johann an Kaiser Wilhelm und reist heute von hier direkt nach Berlin ab. „Besonders interessant war es für mich", so äußerte Dr. Rohlfs, „daß auch die gewöhnlichsten Abessynier ganz speziell für preußisches Militär hohe Theilnahme zeigten und selbst in Kleinigkeiten aufgeklärt sein wollten". Rohlfs hatte auf dieser Expedition 30 Drommedare und eine Anzahl Maulthiere bei sich.

Ausland.

Bern, 4. Mai. Die Antwort des Genfer Staatsraths auf die Aufforderung des Bundesraths, wegen des Plakats gegen die Hinrichtung der Jessi Helfmann durch den Generalprokurator des Kantons Genf eine Untersuchung einleiten zu lassen, hat neuestem Vernehmen nach weniger die Form einer direkten Weigerung, als vielmehr die einer Vorstellung. Der Staatsrath bemerkte dem Bundesrathe, daß die verlangte Untersuchung auf zwei Thatsachen abzielte, erstlich auf die am 18. März in der Brauerei Schieß abgehaltene Kommunefeier und zweitens auf das bewußte Plakat. Was den ersten Punkt betrifft, so habe der Staatsrath auf das Verlangen des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements bereits eine sorgfältige polizeiliche Untersuchung eingeleitet, deren Ergebniß er der Bundesbehörde an dem gleichen Tage mitgetheilt habe, an welchem ihm von dieser das Verlangen betreffend eine Generaluntersuchung zugegangen sei. Die Untersuchuug sei somit zum größten Theile bereits eingeleitet und von der Exekutivbehörde Genfs in befriedigender Weise zu Ende geführt worden; daher der Staatsrath der Meinung ist, daß diese Behörde die Untersuchung auch wegen der anderen Punkte fortzuführen habe, und dies umsomehr, als die Genfer Regierung bei derartigen Angelegenheiten immer in korrektester Weise vorgegangen und bereit sei, allen weiteren Anfragen auf administrativem Wege Genüge zu leisten. Anlaß zu einem Konflikte zwischen dem Genfer Staatsrathe und dem Bundesrathe wird diese Vorstellung übrigens wohl nicht geben, da, wie eine amtliche Mittheilung des letztern versichert, „die weiteren Vorkehren in dieser Angelegenheit von ihm ohne Zweifel in vollkommenem Einverständniß mit der Regierung von Genf werden getroffen werden". Hierzu ist endlich noch mitzutheilen, daß die letzte Nummer des Genfer Blattes „Revolte" Bericht über die Unterhandlungen erstattet, welche zwischen den Urhebern jenes Plakats und dem Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Genf stattgefunden haben. Laut diesem Blatte hatten sich zwei sozialistische Abgeordnete, schweizer Bürger, am letzten Ostermontage auf das genannte Departement begeben, um die Erlaubniß zum Anschlagen des Plakates nachzusuchen. Der Präsident desselben, Staatsrath Heridier, sei abwesend gewesen. Erst nach zwei Stunden hätten die zwei Bürger von ihm Bericht erhalten. Staatsrath Heridier habe die Erlaubniß von sich aus verweigert; jedoch dabei bemerkt, er werde das Plakat dem Staatsrath zur Beschlußfassung vorlegen. Nach mehrfachen Unterhandlungen und vollständiger Umarbeitung des Protestes" habe dasselbe zum zweiten Male die Censur des Staatsraths passirt, worauf die Bewilligung zum Anschlagen ertheilt worden. (Köln. Ztg.)

Pest, 6. Mai. Die in London erfolgte Verhaftung des sozialistischen Agitators und Redakteurs Most hat der dortigen Polizei Anlaß gegeben, festzustellen, daß Most auch mit Budapester Arbeiterkreisen in brieflichem Verkehr gestanden habe. Im Wege unseres Londoner Botschafters und des gemeinsamen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden von Seite der Londoner Behörde dem ungarischen Ministerum des Innern die Daten übersendet, welche, aus der gegen Most eingeleiteten Untersuchung hervorgehend, auf die in Pest wohnhaften Sozialdemokraten Bezug haben. Auf Grund dieser Daten ordnete das hiesige k. Strafgericht auf Antrag des Staatsanwaltes die Haussuchung bei dem Arbeiter Prahaczek an, welche jedoch gar kein Resultat ergab. Gegen einen andern Sozialisten, Namens Andreas Eßl, scheinen dem Ministerium gravirendere Momente vorgelegen zu haben, denn derselbe wurde mittels gestern ihm publizirten Bescheides aus sämmtlichen Ländern der ungarischen Krone ausgewiesen. Eßl ist aus Bayern gebürtig, aber bereits seit 24 Jahren in Pest ansässig.

Paris, 6. Mai. Die Rede des Fürsten Bismarck über die zu erwartende Degradation Berlins zur Provinzialstadt hat hier fast noch mehr Aufsehen gemacht als in Deutschland, wo man sie mehr ihrem wahren Werthe nach zu schätzen versteht. Hier in Frankreich nimmt man die Sache ernst und hält einen parlamentarischen Feldzug gegen Berlin für nicht unwahrscheinlich. Man streitet darüber, ob Brandenburg oder Kassel, die ehemalige Hauptstadt des Königreichs Westfalen, die meisten Ansprüche habe, zur Hauptstadt des deutschen Reiches erwählt zu werden, und meldet auch, daß in — Jüterbock arge nihilistische Umtriebe stattfänden. Letzterer Ort würde sonach zur Hauptstadt des deutschen Reiches nicht geeignet erscheinen! Die französischen Blätter stellen theilweise die sonderbarsten Betrachtungen über die Gründe an, welche Bismarck zu seiner Aeußerung veranlaßt haben können. Die „Rep. Fr." beginnt damit, auf das Sprungartige und Unvermittelte hinzuweisen, was der Bismarckschen Politik in den letzten Jahren seinen Stempel aufgedrückt habe. In keinem anderen Lande würde ein solcher Vorschlag auch nur möglich sein; die Engländer würden aus den Wolken fallen, wenn man die Hauptstadt nach Kent oder Oxford verlegen wollte, die Franzosen hätten erst jetzt mit großer Mühe die Rehabilitirung von Paris durchgesetzt, die Italiener jahrelang darum gekämpft, endlich die größte und hervorragendste Stadt ihres Landes, Rom, zur Hauptstadt zu erhalten; Berlin aber, „gegen welches die anderen deutschen Städte nur Flecken seien", sollte jetzt auf einmal nicht mehr würdig erscheinen, die Hauptstadt des deutschen Reiches zu bleiben! Warum? Die „Rep. Fr." behauptet zunächst mit einer geradezu riesigen Unkenntniß der Verhältnisse, „daß es keinen einzigen Deutschen gäbe, der im Grunde seines Herzens Berlin nicht verabscheue". Berlin sei eine „skeptische, spottsüchtige, respektlose, unverschämte" Stadt und habe erst eine ganz junge Geschichte. Das alles seien aber noch keine Eigenschaften, die auf die Bismarcksche Anschauungsweise besonders einwirkten, sondern was ihn, der Widerspruch nicht vertragen könne, so sehr gegen die Berliner aufbringe, das sei die fortwährende Opposition gegen seine Politik. „Herr v. Bismarck, das können Sie glauben, würde sich weit besser in Mitte der Pariser gefallen", fügt das Blatt hinzu und spricht damit vielleicht eine Wahrheit aus, deren Bedeutung ihm selbst nicht hinlänglich klar geworden sein dürfte. Denn es kann damit doch nur sagen wollen, daß die Pariser einem wirklich großen Manne gestatten würden, unter allen Umständen diktatorisch zu herrschen, und daß sie das Opfer des Verstandes ihm gern bringen würden, wenn er es von ihnen verlangte. Eine solche Stadt wäre allerdings das Ideal Bismarcks, ebenso wie ein französischer Bismarck, mit allen guten und minderguten Eigenschaften des deutschen, das Ideal der Pariser sein würde, zu dessen Gunsten sie sich gern des Rechts, politisch zu denken, entäußern würden. Die Franzosen fassen eben mehr als alle anderen Menschen die Politik und alles, was damit zusammenhängt, rein persönlich auf, und sind deshalb auch mehr als andere in der Gefahr, plötzlich einer Diktatur anheimzufallen, die ja sowohl unter der Form des Kaiserreichs wie des Königreichs oder der Republik möglich ist. Die „Rep." führt noch weitere Gründe an, weshalb Berlin zur Hauptstadt nicht tauge: es sei so entsetzlich theuer, daß die Beamten dort nicht leben könnten und daß die Abgeordneten sich finanziell zu Grunde richteten. Ich möchte die „Rep." einladen, sich einmal unsere Abgeordneten persönlich anzusehen: sie machen noch einen immerhin behäbigen Eindruck und scheinen sich in Berlin recht wohl zu fühlen, ebenso wie die Geheimräthe, bei denen von einer besonderen Schwärmerei für Brandenburg oder Holzminden bisher nichts bemerkt wurde. Uebrigens erkennt auch die „Rep. Fr.", daß diese „Dekapitalisirung" des abscheulichen Berlins doch auf Hindernisse stoßen dürfte, und daß diese „künstlich hergestellte Stadt mit ihrem schonungslos spöttischem Wesen" doch immer das Symbol des preußischen Königthums sei, wie es Friedrich der Große begründet habe. Berlin, „cette méchante ville", wie ein anderes Blatt es nennt, ist mit dem neuen deutschen Kaiserreich zu eng verbunden, als daß es aufhören könnte, seine Hauptstadt zu sein, und ich glaube, daß die „Rep." Recht hat, wenn sie am Schlusse schreibt, „daß Bismarck zwar immer im Voraus ankündige, was er thun wird, daß er aber nicht immer thut, was er angekündigt hat". (Köln. Ztg.)

Paris, 8. Mai. Die Cirkularnote Assin Paschas über Tunis findet seitens der leitenden republikanischen Blätter eine äußerst scharfe Zurückweisung. Man bezeichnet dieselbe als lächerlich, kindisch, impertinent und als eine unverschämte Herausforderung von ganz Europa. Die hiesige Presse mischt mehrfach sehr geharnischte Drohungen an die Türkei mit hinein. Aus Tunis melden alle Nachrichten, daß der Bey in seinem hartnäckigen feindseligen Widerstande gegen Frankreich verharre und sich allen Versnchen und Rathschlägen zur versöhnlichen Nachgiebigkeit unzugänglich zeige.

Konstantinopel, 7. Mai. Einer Meldung der „Pol. Korr." zufolge legt der Sultan noch immer einen ungeschwächten Eifer an den Tag, die Untersuchung wegen der angeblichen Ermordung des Sultans Abdul Aziz zu Ende zu führen. Die Angeschuldigten sollen vor zwei verschiedene Tribunale gestellt werden. Zugleich habe der Sultan die Einsetzung einer ärztlichen Kommission verfügt, welche jene Gründe zu überprüfen hätte, die von der nach dem Tode des Sultans Abdul Aziz zusammenberufenen Aerzte-Kommission für die Annahme eines Selbstmordes geltend gemacht wurden. — Nach dem letzten offiziellen Bulletin der türkischen Regierung wüthet die Pest in Mesopotamien mit unveränderter Heftigkeit fort. Auch rücksichtlich der Anzahl der Sterbefälle ist keine Besserung zu konstatiren. Die Krankheit hat jedoch den Kordon nicht überschritten, der unter Leitung von Beamten und Spezialärzten mit der strengsten Wachsamkeit aufrecht erhalten wird. Ueberdies wurde der Kordon in jüngster Zeit durch ein weiteres Truppen-Kontingent verstärkt. Man hofft, daß es durch fortgesetzte Desinfektions-Maßregeln gelingen wird, den Keim der fürchterlichen Krankheit baldigst zu beseitigen.

Provinzielles.

Stettin, 10. Mai. Der sog. Winkeladvokatur, welche sich mit der Abfassung schriftlicher Eingaben, der Vertretung bei den mündlichen Verhandlungen vor Gericht und der Vornahme sonstiger Rechtsgeschäfte für Andere in denjenigen nach den Reichsprozeßordnungen zu beurtheilenden Sachen, welche von den Parteien selbst besorgt werden können, bei denen also ein Anwaltszwang nicht besteht, gewerbsmäßig befaßt, steht nach einem Urtheile des Reichsgerichts, III. Straff, vom 5. März d. J., reichsgesetzlich nichts weiter im Wege, als daß das Gericht gewerbsmäßige Winkelkonsulenten von der Vertretung einer Partei bei der mündlichen Verhandlung zurückweisen kann (§ 143 Civ.-Proz.-Ordn.). Dagegen ist die bezeichnete Thätigkeit der Winkelkonsulenten nicht als die Anmaßung eines öffentlichen Amtes aus § 132 des Deutschen Strafgesetzbuchs zu bestrafen. Unbenommen ist jedoch den einzelnen Bundesstaaten, durch landesgesetzliche Bestimmungen die gewerbsmäßige Winkeladvokatur zu verbieten und unter Strafe zu stellen.

— Die nächste Expedition des Stettiner Lloyd-Dampfers „Kätie" von Stettin nach New-York findet am 9. Juni statt.

— Laut Telegramm an die Herren Mattfeld u. Friederichs in Stettin ist der Postdampfer „Neckar" vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 24. April von Bremen und am 26. April von Southampton abgegangen war, am 7. Mai, Morgens 5 Uhr, wohlbehalten in New-York angekommen.

— In der Zeit vom 2. bis 9. d. Mts. sind bei der königl. Polizeidirektion angemeldet: Als gefunden: 1 Muschelportemonnaie mit 15 Pf — 1 Hundemaulkorb mit den Marken 1477 und 1647 pro 1880 — 1 Mk. 10 Pf. — 1 silberner Fingerhut mit Stein — 1 kleines 4-schneidiges Federmesser mit Perlmutterschale — 1 Brille — 1 Paar grau gestreifte Hosen — 1 Schiffsboot.

— Aus Berlin wird geschrieben: Ein alter Schwindler, der ehemalige Militär-Roßarzt Friedrich Wilhelm Gustav Schrader, der hier schon vielfach mit der Staatsanwaltschaft Konflikte gehabt und in der Strafanstalt auf Plötzensee bereits zu den Stammgästen zählt, hatte sein letztes Domizil in Pankow aufgeschlagen, von dort aber seine Geschäftsreisen in die Provinzen gemacht, auf denen er sich durch sein nobles Wesen und die verschiedenen Dekorationen, die er trug, in das Vertrauen der von ihm zu Opfern ausersehenen Personen einzuführen verstand. Er beehrte auch Stettin mit seinem Besuche. Welcher Art aber dort seine Geschäfte waren, folgt aus dem Umstande, daß die dortige Staatsanwaltschaft jetzt die Exekutivbehörden um Verhaftung dieses höchst gemeingefährlichen Schwindlers wegen Betrugs ersucht.

— Dem Regierungs-Sekretär z. D. Dürkop zu Stralsund und dem Steuer-Einnehmer Jaene zu Garz a. O ist der Rothe Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

— Herr Rendant Mannstein aus Grabow wird am 1. Juni nach Arnswalde übersiedeln und am 4. Juni durch Herrn Landrath von Meyer in sein Amt als Bürgermeister dieser Stadt eingeführt werden.

Vermischtes.

— Ueber ein Konzert per Telephon wird aus Lemberg geschrieben: Dieser Tage wurde in Lemberg eine Konzert-Produktion mit dem von dem Lemberger Ingenieur Machalski verbesserten Bellschen Telephon versucht, welche ein überraschend gutes Resultat bot und auch hartnäckige Zweifler befriedigte. Das Konzert fand sowohl in Lemberg wie in der mit Lemberg in telegraphische Verbindung gesetzten Stadt Zolkiew (Entfernung vier Meilen) statt, eigentlich also zwei Konzerte. Die Vorstellung begann mit einem Gespräch, worin die ebenso zahlreich in Lemberg wie in Zolkiew Versammelten einander begrüßten. Eine Messing-Tuba an den Enden der Leitung zerstreute die Töne fast ganz gleichmäßig über den Versammlungsraum und hörten sich dieselben so an, wie wenn man sich mit einem Anderen durch eine geschlossene Thür unterhielte. Die Stimmen der Sprechenden waren genau zu erkennen. Der Ueberraschung, welche dieses Vorspiel der Produktion erregte, folgte bald noch größeres Erstaunen, als man aus der Entfernung von vier Meilen verschiedene Konzert-Piecen zu hören bekam: Gesang, Flöten- und Piston-Soli, und ebenso auch den rauschenden Beifall, welchen man dem Tenor des Herrn Myszuga spendete. Als weitere Probe zu der Konzert-Produktion hatte Herr Machalski eine Korrespondenz auf dreimal so weite Entfernung arrangirt, nämlich zwischen Lemberg und Brody, und war auch diese glänzend ausgefallen. Der reiche Erlös der telephonischen Konzerte ist wohlthätigen Zwecken zugewendet worden.

— Der Schnupfen der Patti, welcher sie zum großen Schaden des Herrn Direktor Pollini vierzehn Tage am Singen hinderte, hat einen Pariser Rechenmeister zu folgendem Kalkul begeistert: Die Direktion muß dem übrigen Personale trotz dieser Störungen die Gagen fortbezahlen, was eine tägliche Auslage von 6000 Francs, in 14 Tagen also 84,000 Francs ausmacht. Der betreffende Adam Riese nimmt nun weiter an, daß die Patti während dieser Zeit täglich 24 Mal gehustet und 36 Mal geniest habe, und dividirt nun daraus das merkwürdige Resultat, daß jede dieser katarrhalischen Expektorationen Herrn Direktor Pollini auf 30 — sage dreißig Francs zu stehen komme. Wie ist das möglich? 24 + 36 = 60 Expektorationen 6000 Fr. : 60 = 100 Fr. . . . . Also 100 Francs und nicht 30! Die Rechnung ist für Kinder eine leichte Kopfrechnung. Nichts destoweniger hat sich der Pariser Rechenmeister um 70 Francs geirrt, und mit einer Treuherzigkeit sondergleichen reproduzirt das „Wiener Extrablatt" den lächerlichen Fehler. Dafür aber entschädigt es durch folgenden humoristischen Schlußpassus: „Der Abgeordnete Hausner (der bekannte polnische Statistiker) sollte doch die Mühe nicht scheuen und berechnen, wie oft die Patti — unter solchen Umständen — auf das österreichische Defizit husten müßte, um es verschwinden zu machen" . . . Es wär' ein Ziel, auf's Innigste zu wünschen, wie Hamlet sagt, jedenfalls aber müßte dann der Schnupfen der Sängerin chronisch werden.

— (Aus dem Sarge befreit.) Von dem am 4. d. M. verstorbenen Grazer Stadtrathsbeamten Alois Hüpfl wird folgende interessante Episode erzählt. Vor etwa 20 Jahren stand eines Nachmittags unter dem Thore des k. k. Garnisonsspitales zu Graz ein Sarg, in welchem die Leiche eines Musikers von der Kapelle eines Infanterie-Regimentes zu Grabe getragen werden sollte. Schon war die Einsegnung nahe, als zufällig ein auf kurze Zeit in Graz beurlaubter Militär-Oberarzt in das Thor trat und frug, wen man hier zu Grabe trage. „Den Bandisten Hüpfl vom *** Regimente", war die Antwort. „Was, den Musiker Hüpfl?" erwiderte der Oberarzt, „der ist nicht todt, dessen Leiden kenne ich!" — Und wahrhaftig, Hüpfl war nicht todt; es gelang der Energie des tüchtigen Arztes, daß der Sarg geöffnet wurde. Man stellte an der vermeintlichen Leiche Wiederbelebungsversuche an, und hat so einen Mann vor dem Lebendigbegrabenwerden gerettet, einen Mann, der erst nach 20 Jahren dem Tode wirklich zum Opfer gefallen ist.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 9. Mai. Se. Majestät der Kaiser machte gestern wiederum eine Spazierfahrt mit der Frau Großherzogin von Baden und besuchte Abends die Vorstellung im Theater. Die Prinzessin Viktoria von Baden und der Statthalter Generalfeldmarschall von Manteuffel sind hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 9. Mai. Der Kriegerkongreß hatte den gestrigen Tag den Festlichkeiten gewidmet. Heute begannen die Verhandlungen. In dem glänzend geschmückten Saale der neuen Börse wurde um 11 Uhr die Sitzung eröffnet. Zahlreiche Depeschen waren eingelaufen, darunter eine des Generals v. Glümer mit dem Ruf Attinhausens: „Seid einig, einig, einig!" Heute sind bereits 2593 Vereine vertreten. Nach langen Debatten wird eine Vereinigung aller deutschen Kriegervereine zu einem Gesammtverbande unter Wahrung der Selbstständigkeit der Einzelvereine beschlossen. Die Uebernahme des Patronats durch den Kaiser Wilhelm ist damit gesichert. Am Nachmittag wird ein Bankett im Palmengarten und morgen das eigentliche Friedensfest stattfinden. (B. T.)

Würzburg, 9. Mai. Der Präsident der Kammer der Reichsräthe, Graf Schenk v. Stauffenberg, ist gestern Abend nach längerer Krankheit gestorben.

Petersburg, 8. Mai. Die „Nowoje Wremja" meldet aus Krasnowodsk vom 6. April, daß General Skobelew dorthin mit seinem Stabe zurückgekehrt und am 5. v. Mts. nach Assikhab weitergereist sei, von wo er sich nach Petersburg begeben werde.

Petersburg, 9. Mai. Wie verlautet, sind einige Abgabenverminderungen behufs Erleichterung der Lage des Bauernstandes demnächst bevorstehend.

Dem „Golos" wird aus Kiew vom 8 d. gemeldet, im Stadttheil Podol seien Ausschreitungen gegen die jüdischen Einwohner vorgekommen, und sei das Militär zur Wiederherstellung der Ordnung eingeschritten.

Paris, 9. Mai. Nachrichten aus Bizerta zufolge werden die Truppen heute nach Mater gehen, von wo aus ein Theil derselben die Operationen gegen die Krumirs beginnen wird; ein anderer Theil soll nach Djedeida, 6 Stunden von Tunis entfernt gehen.

Rom, 8. Mai. Der König hat dem Kronprinzen Rudolf von Oesterreich den Annunciaten-Orden verliehen.

London, 8. Mai. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Büreaus" aus Konstantinopel begab sich der französische Botschafter Tissot gestern auf die Pforte und erklärte daselbst, daß die französische Regierung von der Absendung mehrerer türkischer Panzerfahrzeuge nach dem Mittelmeer Kenntniß erhalten habe und falls dieselben etwa nach Tunis gehen sollten, hiergegen Protest einlege. Die Schiffe würden, wenn sie Tunis anlaufen sollten, französischerseits mit Geschützfeuer empfangen werden. Die Pforte sei gewillt, wegen dieser Drohung Frankreichs eine Cirkularnote an die übrigen Mächte zu richten.